

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- Sebastian Meineck: **Hunderte Schulbesuche: Digitalcoach fordert Smartphone-Verbot**
- News4Teachers: ... **wie Handschrift das Lernen stärkt – und die Rechtschreibung verbessert**
- Tilo Gräser: **Friedensfähigkeit gegen "Kriegstüchtigkeit"**
- Sozialausgaben gemessen an BIP nicht teurer als vor zehn Jahren
- **Rüstungsproduktion: Wahnsinn, aber auch Widerstand**
- Heinrich Frei: **Papst: "Nie wieder Krieg", "Die Waffen nieder" und der beispiellose Anstieg der Militärausgaben**
- Solidarwerkstatt: **Israel begeht einen Völkermord in Gaza**
- Dave DeCamp: **Über 100 Hilfsorganisationen sagen, dass Israel durch neue NGO-Registrierungsregel "Hilfe zur Waffe macht"**
- BIP: **Desinformationskampagne zum Hunger in Gaza**
- **Bürger aktiv bei Protesten und Versuchen der Hilfe für Gaza**
- **Der 20-Punkte-Plan und die Realisierung der ersten Phase**
- Maike Gosch: **Die aktuellen Anerkennungen Palästinas – Symbolpolitik oder Wendepunkt?**
- **Venezuela wehrt sich gegen Drohgebärden und Übergriffe der USA**
- **Moldawien sollte pro-europäisch wählen**
- G. Diesen: **Warum Zentralasien für die USA so wichtig ist**
- Seniors.org: **Reden von Xi Jinping auf dem Treffen der "Shanghai Cooperation Organization Plus"**
- Jürgen Todenhöfer: **Und folgt Dir keiner, geh allein**

**Was wir brauchen, ist nicht Sicherheit durch Gewalt,
sondern Sicherheit durch Frieden.
Die Weichen dürfen nicht so gestellt werden,
dass Krieg wieder zum legitimen Mittel der Politik wird.**

Editorial

Zum Thema Bildung berichtet Sebastian Meineck von umfangreichen Erfahrungen aus Gesprächen mit Kindern und Eltern über den mangelhaften Jugendschutz im **Zusammenhang mit digitalen Medien**. Aktuelle Studien zeigen, dass der durch Tippen an digitalen Geräten vorangetriebene Verlust von Schreiben mit der Hand zu einem Verlust von Kompetenz in Rechtschreibung und sogar Gehirnaktivität führt.

Tilo Gräser berichtet von den Reden und Gesprächsrunden einer Friedensveranstaltung in Berlin, die unter dem Motto **“Ja zur Friedensfähigkeit! Nein zur Kriegstüchtigkeit!”** stand. Dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei, entlarvt der nächste Beitrag als Propaganda. Vielmehr ist es die Ausweitung der **Rüstungsindustrie**, welche die zivil erforderlichen Gelder verschlingt. Doch gegen diese Ausweitung gibt es auch Widerstand, z.B. von Betriebsräten bei Porsche gegen die Einrichtung militärischer Produktion. Daran, dass Krieg keine anthropologische Notwendigkeit, sondern ein **kultureller Irrweg** ist, erinnert uns Heinrich Frei.

Die Vereinigung der Genozid-Forscher stellte fest, dass Israels bisherige Politik gegen die Palästinenser ein **Völkermord** ist. Zwei weitere Beiträge zeigen auf, dass Israel den **Hunger als Waffe** einsetzt, indem die Hilfslieferungen nach Gaza systematisch blockiert wurden. In Italien sind Millionen von Arbeitern in den Generalstreik getreten, um gegen die Unterstützung ihres Landes für den “Terrorstaat Israel” zu protestieren und um die **‘Global Sumud Flotilla’** zu unterstützen, die aber von Israel gestoppt wurde.

Dann bringen wir Beiträge über die Umsetzung der **ersten Phase des 20-Punkte-Plans** zur Beendung des Kriegs zwischen Israel und der palästinensischen Hamas. Karin Leukefeld sieht mit diesem Plan, dessen zweite Phase noch nicht realisiert wurde, eine weitere **Entrechtung und Unterwerfung** auf die Palästinenser zukommen. Ob die **Anerkennung Palästinas** durch immer mehr Staaten eine praktische Hilfe ist, kann nach Maïke Gosch zwar bezweifelt werden; eine Stärkung des **Selbstverteidigungsrechts der Palästinenser** sieht sie aber gegeben.

Auch in anderen Teilen der Welt sind **Frieden und Demokratie in Gefahr**. Die US-Marine bedroht widerrechtlich Venezuela innerhalb von dessen Gewässern; dies erfolgt sogar mit einem Atom-U-Boot und Angriffen auf zivile Fischerboote. Westliche Einflussnahme und entsprechendes Handeln durch die Wahlkommission haben bei den Präsidentschaftswahlen in **Moldawien** das von der EU gewünschte Ergebnis mitbewirkt.

.....

[Inhalt](#) ↑

.....

*Dass sich die Geopolitik des Westens seit langem auf **Zentralasien** konzentriert, zeigt Glenn Diesen auf. Die **völkerrechtlichen Grundsätze** der UNO, die Xi Jinping beim Treffen der 'Shanghai Cooperation' in Erinnerung gerufen hat, geben andere Ziele vor. Abschließend machen wir auf einen eindrucksvollen Lebensbericht des Politikers und freien Journalisten **Jürgen Todenhöfer** aufmerksam.*

[Inhalt](#) ↑

- Sebastian Meineck: **Hunderte Schulbesuche: Digitalcoach fordert Smartphone-Verbot**

Als Digitaltrainer ist Daniel Wolff durch Hunderte Schulen gereist, darunter Grundschulen und weiterführende Schulen. Er hat mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Lehrern gesprochen. In seinem Buch "[Allein mit dem Handy. So schützen wir unsere Kinder](#)" teilt der pragmatische Digitaltrainer seine Erfahrungen aus dem direkten Austausch mit vielen Kindern und Eltern, gibt eine umfassende Problembeschreibung und füllt damit eine wichtige Lücke in der Debatte um Jugendmedienschutz. Und Wolff erklärt, weshalb Klassenchats ein Problem sind. Sein Buch zeigt laut Sebastian Meineck, wie die Mühen von Gesetzgebern und Aufsichtsbehörden oftmals weit entfernt von dem sind, was Kinder und Eltern in ihrem Alltag beschäftigt. Während Politiker weltweit vor allem auf technische Lösungen hoffen, macht Wolff mit Nachdruck klar: [Ohne intensive Anstrengungen von Eltern wird das nichts](#). Technische Lösungen wie Kontrollsysteme stellen nach Wolff nur eine trügerische Sicherheit her; zugleich schaffen sie neue Gefahren für Minderjährige und für Erwachsene, die sich massenhaft online verifizieren müssten.

[Sebastian Meineck, Jg. 1992](#), ist mehrfach ausgezeichnete Journalist und seit 2021 Redakteur bei netzpolitik.org. Zu seinen aktuellen Schwerpunkten gehören digitale Gewalt, Databroker und Jugendmedienschutz. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- News4Teachers: **Über die Hand ins Hirn: Neue Studie zeigt, wie Handschrift das Lernen stärkt – und die Rechtschreibung verbessert**

Handschrift und Rechtschreibung gehören zusammen – und sie sind mehr als nostalgische Kulturtechniken. Forscher aus Norwegen konnten in ihrer Studie zeigen, dass beim Schreiben von Hand die Muster der Gehirnkonnektivität weitaus komplexer sind als beim Tippen auf einer Tastatur. "Eine so weit verbreitete Konnektivität im Gehirn ist entscheidend für die Gedächtnisbildung und das Enkodieren neuer Informationen – und daher für das Lernen von Vorteil."

Lehrkräfte in Deutschland bestätigen das: [Wer die Buchstaben nicht formt, verliert auch beim Rechtschreiben an Sicherheit](#). Die Studie verweist auf zahlreiche Befunde, dass Handschrift nicht nur die Rechtschreibung fördert, sondern auch beim Abspeichern von Wissen hilft. Dass die Handschrift zunehmend verdrängt wird, das treibt auch Lehrkräfte in Deutschland um. Der Philologenverband fordert deshalb ein entschiedenes Gegensteuern – und warnt: Ohne die Handschrift drohen Lücken im Fundament sprachlicher Bildung.

[News4teachers](#) ist eine Nachrichten- und Diskussionsseite, die sich mit seriösen Berichten, Analysen und Kommentaren an pädagogische Profis und die an Bildungsthemen interessierte

- **Tilo Gräser: Für Friedensfähigkeit und gegen den Wahn der "Kriegstüchtigkeit"**

Verschiedene Gruppen und Organisationen unter der Schirmherrschaft der Friedenskoordination Berlin (Friko) haben am 1. September mit Infoständen sowie einem umfangreichen Bühnenprogramm mit Musikern und Gesprächsrunden an den offiziellen Beginn des Zweiten Weltkriegs und seine Folgen erinnert. Die Veranstaltung stand unter dem Motto ["Ja zur Friedensfähigkeit! Nein zur Kriegstüchtigkeit!"](#). Tilo Gräser berichtet u.a. über die verschiedenen Reden. Friedensaktivist und Rüstungsexperte Lühr Henken macht anhand von Daten und Fakten auf die Hintergründe und damit verbundenen Interessen der geplanten massiven Aufrüstung in Deutschland und die reale Bedrohungslage in Europa aufmerksam. Henken sieht eine Konfliktlösung in Europa nur über Verhandlungen. Die Gewerkschafterinnen Britta Brandau und Anja Scholtze wenden sich dagegen, zivile Strukturen "kriegstüchtig" zu machen und aufzurüsten, vielmehr sollte das Geld für die öffentliche Daseinsfürsorge (Schulen, Wohnungsbau, Sozialstaat) eingesetzt werden. Ina von der Organisation 'Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost' ist entsetzt über das, was im Gaza-Streifen geschieht: "Ich hätte mir niemals vorstellen können, in meinem Leben die systematische Tötung und Verhungern ganzer Familien miterleben, die Zerstörung eines Volkes. Ist das wirklich die Welt, in der wir leben wollen? Wir müssen diesen Lauf der Geschichte beenden."

Eine Gesprächsrunde beschäftigte sich mit den Angriffen der Regierenden und der EU auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, indem Meinungsäußerungen kriminalisiert und mit polizeilicher Gewalt bekämpft sowie gar mit Sanktionen bedacht werden. Dabei macht der Jurist Hans Bauer klar, dass die Angriffe von EU, Bundesregierung und Polizei auf missliebige Aussagen verfassungswidrig seien, weil sie Artikel 5 des bundesdeutschen Grundgesetzes widersprechen. Moderatorin Laura von Wimmersperg forderte gemeinsam mit den Teilnehmern der Runde dazu auf, sich gegen die Angriffe auf die Meinungsfreiheit zu wehren. Vor den Folgen von Kriegshetze und Russophobie warnte gegen Ende der Veranstaltung der Songschreiber und "Friedensberichterstatte" Tino Eibrenner, der an die 27 Millionen Toten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, aber auch daran erinnert, was ihm Russen auf seinen Reisen mitgegeben haben: "Sag' deinen Leuten in Deutschland, wir Völker müssen zusammenhalten, wir haben kein Problem mit den Deutschen."

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

- **Sozialausgaben gemessen an BIP nicht teurer als vor zehn Jahren**

Die Sozialausgaben der Bundesregierung liegen gemessen an der deutschen Wirtschaftskraft (BIP) heute nicht höher als vor zehn Jahren. 2024 brachte der Bund 5,53% und 2015 aber 5,64% des BIP für die soziale Sicherung auf. Trotzdem sagt Bundeskanzler Friedrich Merz, "der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, [nicht mehr finanzierbar](#)". Deshalb übte der Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch deutliche Kritik an Merz und stellte klar, dass nicht der Sozialstaat den Haushalt sprengt, sondern die Aufrüstungspolitik.

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen will den Bund wegen einer unzureichenden Finanzierung der Behandlungskosten von Bürgergeldbeziehenden verklagen. Das

beschloss der Verwaltungsrat in Berlin, denn pro Jahr bleibe der Bund den Kassen 10 Mrd. Euro schuldig. Die Kassen monieren schon seit Jahren, dass sie [für Bürgergeldbezieher zu wenig Geld zugewiesen bekommen](#). Nach einem Gutachten zahlte der Bund 2022 pro Person eine Pauschale von 108,48 Euro im Monat – kostendeckend wären 311,45 Euro gewesen.

[Inhalt](#) ↑

● **Rüstungsproduktion: Wahnsinn, aber auch Widerstand**

Rheinmetall eröffnet Deutschlands größte Munitionsfabrik, rechnet mit Rüstungsaufträgen in dreistelliger Milliardenhöhe und will zu den größten Rüstungskonzernen der Welt aufschließen. In der neuen Munitionsfabrik in Unterlüß will Rheinmetall künftig bis zu 350'000 Artilleriegranaten jährlich produzieren. Der Höhenflug des Unternehmens dauert an. Bis 2030 werde man womöglich Rüstungsaufträge im Wert von bis zu 300 Mrd. Euro akquirieren können, sagt Firmenchef Armin Papperger voraus. [Papperger strebt bis 2030 einen Konzernumsatz von bis zu 50 Mrd. Euro an](#). Auf diesem Niveau bewegen sich heute die zwei größten Waffenschmieden der Welt, Lockheed Martin und RTX (beide USA). Während die Bundesregierung brutale Sozialkürzungen anvisiert, um die Hochrüstung zu finanzieren, nimmt die Repression gegen Kriegsgegner zu. Ein am 26.08.2025 eröffnetes Anti-Kriegs-Camp in Köln war zuerst wegen der Nutzung der Parole "Krieg dem Kriege" verboten worden. Diese entstammt einem 1919 publizierten Gedicht des Schriftstellers Kurt Tucholsky.

Der [Betriebsrat von Porsche sagt "Nein"](#) zu den Plänen des Porsche-Vorstandes, die Automobilkrise, die auch Porsche getroffen hat, durch den Einstieg in die Rüstungsproduktion zu überwinden. Dafür werden wirtschaftliche und technologische Gründe genannt, aber auch ethische. Man wolle, auch angesichts der [Firmengeschichte von Volkswagen](#), sich nicht mit Kriegsproduktion beschäftigen.

[Inhalt](#) ↑

● **Heinrich Frei: Papst: "Nie wieder Krieg", "Die Waffen nieder" und der beispiellose Anstieg der Militärausgaben**

Angesichts der weltweiten Aufrüstung, die Heinrich Frei auf der Basis von SIPRI-Daten ausführlich darlegt, erinnert er daran, dass Krieg den Menschen nicht in den Genen steckt, "er ist in der Geschichte der Menschheit eine späte Ausnahme. Heute wäre eine umfassende Friedensforschung unter Einbezug aller Wissenschaften nötig, um Kriege zu verhindern. Archäologen, Anthropologen, Historiker und Biologen haben dazu schon einen Anfang gemacht. Sie sind zum Schluss gekommen: [Kriege werden nicht durch eine genetische Veranlagung des Menschen zur Gewalt verursacht](#), sondern sie sind kulturelle Irrwege der Menschheit, die in Zukunft vermieden werden könnten. Die Forscher stellten auch fest, dass Kriege erst im letzten Prozent der Menschheitsgeschichte aufgetreten sind. Historiker erinnern auch: In geschichtlich überlieferten Perioden lebten viele Völker lange friedlich, ohne kriegerische Konfrontationen."

[Heinrich Frei](#), Jg. 1941, ist diplomierter Architekt (HTL), der sich seit seiner Pensionierung bei Friedensorganisationen und Hilfswerken engagiert sowie Texte zu den verschiedensten Themen verfasst. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Solidarwerkstatt: Israel begeht einen Völkermord in Gaza**

Die 'International Association of Genocide-Scholars' (IAGS), die weltweit größte Vereinigung von Genozid-Forschern, hat Ende August 2025 eine an die israelische Regierung und alle anderen UN-Mitglieder gerichtete Resolution verabschiedet, worin sie u.a. "erklärt, dass die Politik und die Handlungen Israels in Gaza Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des humanitären Völkerrechts und des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs darstellen". Darin fordert die IAGS "die israelische Regierung auf, [alle Handlungen, die Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Palästinenser in Gaza darstellen, unverzüglich einzustellen](#), darunter gezielte Angriffe auf und Tötungen von Zivilisten, darunter auch Kinder, Aushungern, Vorenthalten humanitärer Hilfe, Wasser, Treibstoff und anderer für das Überleben der Bevölkerung lebenswichtiger Güter, sexuelle und reproduktive Gewalt sowie die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung". Und die IAGS fordert "alle Staaten auf, aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung ihrer Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der Genozid-Konvention, des Waffenhandelsvertrags und des humanitären Völkerrechts, in Bezug auf Israel und Palästina sicherzustellen". Und sie "fordert die israelische Regierung und alle anderen Mitglieder der Vereinten Nationen auf, einen Prozess der Wiedergutmachung und Übergangsjustiz zu unterstützen, der allen Menschen in Gaza Demokratie, Freiheit, Würde und Sicherheit gewährleistet.

Die '[Solidarwerkstatt](#)' ist eine antimilitaristische Initiative, die für ein aktiv neutrales Österreich und eine solidarische Gesellschaft eintritt und die EU als Instrument von Großkonzernen und des Militärs ablehnt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dave DeCamp: Über 100 Hilfsorganisationen sagen, dass Israel durch neue NGO-Registrierungsregel "Hilfe zur Waffe macht"**

Mehr als 100 Hilfsorganisationen im Gazastreifen und im Westjordanland haben im August einen Brief unterzeichnet, in dem sie Israel vorwerfen, "Hilfe zur Waffe" zu machen. Diese Warnung erfolgt angesichts der Tatsache, dass in Gaza aufgrund der von den USA unterstützten israelischen Blockade täglich Menschen verhungern. In der Erklärung heißt es, [dass Israel allein im Juli 60 Hilfsanfragen nach Gaza abgelehnt habe](#). Organisationen, die bereits seit längerem im Gazastreifen tätig sind, seien nicht zur Hilfeleistung befugt. "Diese Behinderung hat dazu geführt, dass Lebensmittel, Medikamente, Wasser und Unterkünfte im Wert von Millionen Dollar in Lagerhäusern in Jordanien und Ägypten festsitzen, während Palästinenser hungern", heißt es in dem Brief. Der Brief, unterzeichnet von 'Ärzte ohne Grenzen' (MSF), Oxfam, 'Save the Children' und mehreren anderen großen Organisationen, ist eine Reaktion auf eine neue israelische Regelung für internationale NGOs in den palästinensischen Gebieten, die diese verpflichtet, eine Liste ihrer Spender vorzulegen und ihre palästinensischen Mitarbeiter zu identifizieren. Die Organisationen erklärten, Israel nutze die Registrierungsregel nun, "um inmitten des schlimmsten Szenarios einer Hungersnot" im Gazastreifen weitere Hilfe zu blockieren. Die Hilfsorganisationen forderten die Staaten auf, Druck auf Israel auszuüben, damit es die Instrumentalisierung der Hilfsgüter beendet und die sofortige und bedingungslose Öffnung aller Landübergänge und die Bereitstellung lebensrettender humanitärer Hilfe fordert.

[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei Antiwar.com und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BIP: Desinformationskampagne zum Hunger in Gaza

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), UNICEF, das Welternährungsprogramm (WFP) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gaben am 22.08.2025 eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie offiziell bekannt gaben, dass im Gazastreifen eine Hungersnot herrscht: [weit verbreiteter Hunger, extreme Not und vermeidbare Todesfälle durch Verhungern](#). Die von diesen Organisationen durchgeführte Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass bis Ende September über 640'000 Menschen im gesamten Gazastreifen von katastrophaler Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden – eingestuft als Phase 5 der IPC-Skala (Integrated Food Security Phase Classification) zur Messung der Ernährungssicherheit. Weitere 1,14 Millionen Menschen werden sich in einer Notlage (IPC-Phase 4) und 396'000 Menschen in einer Krise (IPC-Phase 3) befinden. Die UNO erklärt nur dann eine Hungersnot, wenn drei kritische Schwellenwerte – extremer Nahrungsmangel, akute Unterernährung und Todesfälle durch Verhungern – überschritten wurden.

Im Mai 2025 schätzte eine IPC-Analyse die Zahl der Kinder, die bis Ende Juni 2026 voraussichtlich einem lebensbedrohlichen Risiko der Mangelernährung ausgesetzt sind, auf 14'100. Diese Zahl hat sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen bis Mitte August auf 43'400 verdreifacht. Bis Ende August gab es 317 bestätigte Hungertote in Gaza, davon 112 Kinder. Trotz dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit erklärte der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich am 24.08.2025, dass Israel die Einfuhr von Lebensmitteln und Wasser nach Gaza verhindern werde. Israel nannte die UN-Berichte "eine glatte Lüge", bezeichnete die UN-Pressemitteilung über die Hungersnot als "antisemitisch" und verbreitete ein Video, in dem es behauptet, die Menschen in Gaza seien glücklich und wohlgenährt.

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Bürger aktiv bei Protesten und Versuchen der Hilfe für Gaza

Landesweit haben "Millionen von Arbeiter" in Italien am 22.09.2025 die Arbeit niedergelegt, um gegen die westliche Komplizenschaft beim Genozid in Gaza zu protestieren. Allein in Rom gingen nach Veranstalterangaben 100'000 Menschen auf die Straße. [Aufgerufen zum eintägigen "Generalstreik"](#) hatte die Basisgewerkschaft USB, um von der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni den »sofortigen Abbruch der Beziehungen zum "Terrorstaat Israel" zu fordern. Italien ist der nach den USA und Deutschland drittgrößte Waffenlieferant für Israel. Mit Streiks, Demonstrationen und Blockaden von Bahnhöfen und Straßen sollte auch die 'Global Sumud Flotilla' unterstützt werden, die am 19.09.2025 von Sizilien aus in See gestochen ist, um die israelische Hungerblockade gegen Gaza zu brechen. Vom Streik betroffen waren insbesondere Bereiche des öffentlichen Nahverkehrs und der Eisenbahn, Häfen, Schulen und öffentliche Dienste.

Nachdem die humanitäre "Global Sumud Flotilla" auf ihrem Weg, die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, am 01.10.2025 in israelisch beanspruchtes Seegebiet gekommen ist, haben Italien und Spanien ihren Begleitschutz abgezogen, halten sich aber bereit Aktivisten abzuholen, die die Flotilla verlassen möchten. Am frühen Morgen desselben Tags [startete eine israelische Fregatte eine Einschüchterungsaktion](#) zuerst beim Führungsschiff und dann bei weiteren Schiffen der Flotilla. Als sich die Flotilla auf ca. 70 bis 80 Seemeilen (130 bis 150 Kilometer) dem Gazastreifen genähert hatte, haben die israelischen Streitkräfte [13 Schiffe der Flotilla gestoppt](#) und ihre Passagiere in einen israelischen Hafen gebracht. Dabei ist laut Aktivisten ein Schiff gerammt und weitere mit Wasserwerfern beschossen worden. Verletzt wurde niemand.

Über 30 Schiffe der Flotilla setzten ihre Fahrt in Richtung Gazastreifen fort. Die Flotilla hatte das Angebot Israels abgelehnt, die Hilfsgüter in Häfen außerhalb des Gazastreifens an Land zu bringen, von wo sie in das palästinensische Küstengebiet weitertransportiert würden. Der Sprecher der Flotilla lehnt es ab, die humanitäre Hilfe der Besatzungsmacht im Gazastreifen zu überlassen.

Israel hat die rund 400 pro-palästinensischen Aktivisten von den Schiffen der sogenannten Gaza-Hilfsflotte in den Hafen von Aschdod gebracht. Dort wurden sie polizeilich registriert und sollen dann in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. [Einige der festgesetzten Aktivisten traten nach eigenen Angaben in einen Hungerstreik](#). Das Abfangen von Booten einer Gaza-Hilfsflotte durch Israels Marine sorgt international für Kritik. [Die türkische Regierung bezeichnete den israelischen Einsatz im Mittelmeer als "Terrorakt"](#). Spaniens Außenminister Albares erklärte, die Aktivisten seien friedliche Bürger, die für niemanden eine Gefahr dargestellt hätten. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro [wies nach der Festnahme von zwei Kolumbianern die gesamte diplomatische Vertretung Israels aus](#). Zudem kündigte er das Freihandelsabkommen mit Israel auf. Der malaysische Ministerpräsident Anwar Ibrahim verurteilte die Aktion. In Italien riefen Gewerkschaften für den 03.10.2025 zu einem Generalstreik auf. Die Organisatoren der Flotte bezeichneten das Vorgehen Israels als "Kriegsverbrechen" und "Akt der Piraterie". Die Schiffe seien illegal in internationalen Gewässern abgefangen und geentert worden.

Am 02.10.2025 meldet 'DerStandard', dass es laut Israels Außenministerium keinem Schiff der Flotilla gelungen sei, die Seeblockade zu durchbrechen. Nach Angaben der 'Global Sumud Flotilla' waren [rund 500 Teilnehmer aus mehr als 40 Ländern](#) bei der Aktion dabei. Aktivisten bezeichneten die Aktion trotz allem als Erfolg, weil es nach ihrer Einschätzung erstmals einem zivilen Schiff gelungen sei, die israelische Seeblockade zu durchbrechen und in die zwölf Meilen breiten Hoheitsgewässer vor dem Gazastreifen einzudringen. Dieses eine Schiff, die Mikenos, soll nur wenige Kilometer vor der Küste gestoppt worden sein. Von der Flotilla haben zwei Schiffe nach Norden abgedreht und ein weiteres war noch weit von der kritischen Seezone entfernt.

Während am 03.10.2025 in vielen Städten Europas zahlreiche Menschen gegen die Entführung der Crews der 'Global Sumud Flotilla' durch die israelischen Streitkräfte protestierten, hat sich fast unbemerkt von der medialen Öffentlichkeit eine [weitere Flotte auf den Weg gemacht](#). Die 'Freedom Flotilla Coalition' (FFC) wollte mit ihren 10 Schiffen ebenfalls versuchen, die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Zwei der Boote lagen laut dem GPS-Tracker der Koalition am 05.10. noch vor der griechischen Insel Kreta, während die anderen 9 auf dem Breitengrad von Alexandria in internationalen Gewässern verortet wurden. Am 08.10. wurden [auch diese Schiffe von israelischen Streitkräften in internationalen Gewässern gestoppt](#). Das israelische Außenministerium teilte mit, dass die Schiffe und ihre Passagiere in Sicherheit seien und dass sie zu einem israelischen Hafen gebracht worden seien, von wo aus sie voraussichtlich sofort abgeschoben würden.

[Inhalt](#) ↑

● Der 20-Punkte-Plan und die Realisierung der ersten Phase

Israel und die Terrororganisation Hamas haben sich laut Katar nach tagelangen indirekten Gesprächen in Ägypten [auf die erste Phase zu allen Punkten einer Waffenruhe im Gazastreifen geeinigt](#). Katar, das zusammen mit Ägypten, den USA und der Türkei an den Verhandlungen beteiligt war, bezeichnete die Einigung als "erste Phase des Gaza-Waffenruheabkommens", das zur Beendigung des Krieges, zur Freilassung israelischer Geiseln und palästinensischer Gefangener sowie zur Bereitstellung von Hilfsgütern führen werde. Am 08.10.2025 hatte die Hamas erklärt, sie habe "den Vermittlern eine [Liste mit den Namen der Häftlinge vorgelegt](#), deren Freilassung aus den Besatzungsgefängnissen die Hamas fordert". Dabei sollen Marwan Barghouti und Ahmad Sar'adat, beides hochrangige palästinensische Führer, höchste Priorität haben. Am 09.10. erklärt die Hamas nach Zusicherungen der US-Regierung und von den Vermittlern den Gaza-Krieg für

beendet, lehnt aber Trumps "Friedensrat" ab. Israel hat die [beidseitige Unterzeichnung des "endgültigen Entwurfs" zur ersten Phase](#) einer Waffenruhe im Gazastreifen bekannt gegeben, was vom Iran und den Huthis begrüßt wurde. Aber auch nach dem Durchbruch bei den Friedensverhandlungen greift die israelische Armee aus der Luft ein Gebäude im Gazastreifen an, was im Sinne der israelischen Minister Ben Gvir und Bezalel Smotrich sein dürfte, die den Gaza-Deal ablehnen. – *Von der letztverlinkten Quelle wurden die Meldungen von 13h16, 16h37, 16h49, 17h10, 17h29, 19h56, 21h16 und 22h44 genutzt. (Red.)*

Mehr als zwei Jahre nach ihrer Entführung wurden am 13.10.2025 die [20 noch lebenden Geiseln aus der Gewalt der Hamas entlassen](#) und 4 der 28 toten Geiseln übergeben. Zu den anderen toten Geiseln erklärte die Hamas, dass sie nicht wisse, wo diese seien bzw. wie sie diese in dem schwer zerstörten Gazastreifen bergen könne. Ähnlich äußerte sich das IKRK. Doch Israel behauptet, die Hamas halte diese Toten als Druckmittel zurück. Die lebenden Geiseln kamen in israelische Krankenhäuser und zu ihren Familien. Dies wurde in Israel wie international mit großer Erleichterung und unter Jubel aufgenommen. Im Austausch kamen am 13.10.2025 wie vereinbart [1'968 palästinensische Häftlinge in Israel frei](#).

Bei den Gesprächen in Scharm el-Scheich in Ägypten soll sich der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses und einer der wichtigsten Geldgeber der Likud-Partei Netanjahus, Ronald Lauder, dafür eingesetzt haben, dass Israel den palästinensischen Führer Marwan Barghouti als Teil des Friedensabkommens für den Gazastreifen freilässt. Auch andere prominente Persönlichkeiten setzen sich [für die Freilassung Barghoutis](#) ein. Die Idee wurde vom Büro des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu abgelehnt, da die israelischen Kabinettsminister, die das Abkommen unterzeichnet hatten, sich mit überwältigender Mehrheit gegen die Freilassung des 66-jährigen Barghouti aussprachen. Am 14.10.2025 wird gemeldet, dass sich [unter den knapp 2'000 freigelassenen Palästinensern keine führenden Hamas-Kommandeure](#) befinden, weder Ibrahim Hamed noch Marwan Barghouti.

Nachdem der [Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten bis einschließlich 15.10.2025 geschlossen](#) blieb und die Hilfslieferungen entgegen den Abmachungen (siehe [Plan-Punkte 7 und 8](#)) reduziert wurden, sollten dann 600 Lastwagen Hilfsgüter bringen.

Katar zufolge haben am 14.10.2025 in Scharm el Scheich die Verhandlungen zur zweiten Phase begonnen. Dabei geht es u.a. um die Sicherung des Gebiets, wofür im Plan eine internationale Schutztruppe vorgesehen ist, und die künftige Verwaltung des Küstengebiets durch eine Technokraten-Regierung. Offen sind, Stand 14.10./9h00, laut Politikwissenschaftler Jan Busse z.B. die Fragen: "[Wann zieht sich Israel mit seinen Streitkräften zurück aus dem Gazastreifen?](#) Wie wird die Hamas entwaffnet? Wie soll eine Übergangsverwaltung aus parteilosen palästinensischen Experten aussehen? Wie soll dieses Friedensgremium, dieses 'Board of Peace', mit Kompetenzen ausgestattet werden? Wie genau erfolgt der Wiederaufbau? Und natürlich auch: Welche Staaten sollen diese internationale Friedensmission mit Truppen ausstatten?"

Der 20-Punkte-Plan aus Washington für ein Ende des Krieges zwischen Israel und der palästinensischen Hamas soll laut Karin Leukefeld mehr als 100 Jahre koloniales Unrecht regeln. Der Plan ([deutsche Übersetzung](#)) stößt laut deutschen Medien auf internationale Zustimmung. Auch die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens und der EU begrüßen den Plan und sagen wie auch viele Golfstaaten, die Türkei, Pakistan, Indonesien und die UNO Unterstützung für die Umsetzung zu. Laut Leukefeld reichen die Reaktionen aus Israel von der Hoffnung auf ein Ende des Krieges bis hin zu massiver Kritik. Netanjahu selbst sagt, er unterstütze den Plan, aber jede abweichende Handlung der Hamas werde Israel dazu veranlassen, den Job allein zu Ende zu bringen“. Auch die USA, Deutschland und andere EU-Staaten betonen, dass nun die Hamas zustimmen müsse. Leukefeld stellt die Punkte des Plans dar, zu dessen Erstellung weder palästinensische Organisationen, Parteien, Vertreter der Zivilgesellschaft noch die Autonomiebehörde, die Hamas oder der islamische Jihad einbezogen wurden. In dem Plan werde vieles festgeschrieben, aber eine Wiedergutmachung, eine Untersuchung bzgl. Kriegsverbrechen,

u.a.m. sind nicht vorgesehen. Leukefeld fühlt sich bei dem Plan an die Abkommen erinnert, die während und nach dem Ersten Weltkrieg zur Errichtung einer "jüdischen Heimstatt in Palästina" getroffen wurden. [Für die Palästinenser bedeutet der Plan laut Leukefeld eine weitere Entrechtung und Unterwerfung](#) – wogegen sich der Widerstand in der Region richtet.

[Inhalt](#) ↑

● Maïke Gosch: **Die aktuellen Anerkennungen Palästinas – Symbolpolitik oder Wendepunkt?**

Nachdem Spanien, Irland, Norwegen, Slowenien und Armenien anno 2024 [Palästina als Staat völkerrechtlich anerkannt](#) hatten, folgten nun diesem Beispiel Frankreich, Belgien (unter der Bedingung, dass vorher alle israelischen Geiseln befreit sein müssen und die Hamas nicht an der Regierung beteiligt sein darf), Luxemburg, Malta, Andorra, San Marino und Monaco. Somit haben bis zum 23.09.2025 bereits 156 von 193 UN-Mitgliedstaaten Palästina als unabhängigen Staat anerkannt. Von den fünf Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates weigern sich nur die USA diese Anerkennung auszusprechen. Diese Anerkennung wird von manchen als reine Symbolpolitik bezeichnet. Maïke Gosch geht daher der Frage nach, welche Bedeutung und Folgen diese Anerkennung hat.

Sie stellt dabei fest, dass die Anerkennung den Palästinensern aktuell praktisch wenig nützt in einer Zeit, in der Israel dabei ist, das palästinensische Volk zunächst aus dem Gazastreifen und dann aus dem Westjordanland zu vertreiben. Trotzdem sieht Gosch Vorteile in der Anerkennung. U.a. kann sich Palästina wirksamer auf das Selbstverteidigungsrecht der UN-Charta berufen, was den Krieg Israels formal als Angriffskrieg einstufen lässt, womit die Teilnahme von Bürgern eines Staates, der das Römische Statut ratifiziert hat, eine Straftat wird. Zudem müssen anerkennende Staaten die territoriale Integrität Palästinas auch dadurch achten, dass sie Israel keinerlei Unterstützung für seine Angriffe zukommen lassen und dass sie Annexionen nicht anerkennen und keine wirtschaftliche Unterstützung für illegale Siedlungen leisten.

Gosch sieht in der Anerkennung auch insofern einen Wert, als dadurch andere Staaten animiert werden, dies ebenfalls zu tun und so helfen, Israel perspektivisch in eine ähnliche Lage zu bringen wie Apartheid-Südafrika in den 1980ern, d.h. dass sich dessen internationale Isolation, die Boykotte und internationale Sanktionen häufen. Der EU und Deutschland rät Gosch, ihre handelspolitische Bedeutung für Israel deutlich mehr zu nutzen, um mehr Druck auszuüben.

[Maïke Gosch](#), Jg. 1972, studierte Jura und arbeitete als Rechtsanwältin für Medienrecht, dann als Kommunikationsstrategin und freie Autorin. [Sie unterstützt "NGOs, Stiftungen sowie alle Unternehmen und Menschen, die sich eine gute Sache einsetzen"](#). Sie ist auch eine erfahrene [Dozentin für Storytelling und politische Kommunikation](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Venezuela wehrt sich gegen Drohgebärden und Übergriffe der USA**

Venezuelas Regierung hat sich am 26.08.2025 mit einem eindringlichen Appell an die UNO gewandt und die jüngste Präsenz von US-Militärkräften vor seiner Küste scharf kritisiert. Die diplomatische Intervention erfolgt vor dem Hintergrund wachsender regionaler Spannungen, nachdem die USA eine Kriegsflotte in die Karibik entsandt haben. In seiner Stellungnahme gegenüber der UNO bezeichnete der venezolanische Außenminister die Militarisierung der Karibik durch die USA als erhebliche Bedrohung des Friedens und der regionalen Sicherheit. Die Entsendung eines Atom-U-Boots stelle zudem eine klare Missachtung des Völkerrechts dar. Venezuela beruft sich auf den 1967 abgeschlossenen Vertrag von Tlatelolco, der Lateinamerika und die Karibik als erste bewohnte Region der Erde zur atomwaffenfreien Zone erklärte. [Venezuela fordert die sofortige Beendigung der US-Militärmanöver](#) sowie glaubwürdige und

überprüfbare Zusagen, dass keine nuklearen Waffen in der Region eingeführt oder gar eingesetzt werden. Venezuela erinnerte auch an die internationalen Verpflichtungen zu Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Das Land hat sowohl den Atomwaffensperrvertrag (NVV) als auch den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) ratifiziert. Venezuela erhielt für seine Verurteilung der militärischen Drohgebärden Unterstützung von Mexiko und Kolumbien.

Die Regierung von Venezuela hat am 13.09.2025 eine [neue Aktion der US-Marine gegen ein Zivilboot](#) in venezolanischen Gewässern angeprangert. Sie erklärte, dass ein Schiff der US-Marine am Tag zuvor das venezolanische Fischerboot 'Carmen Rosa' mit neun Fischern an Bord acht Stunden lang festgehalten habe. Der Vorfall soll sich 48 Seemeilen nordöstlich der Insel La Blanquilla in Gewässern ereignet haben, die zur ausschließlichen Wirtschaftszone Venezuelas gehören. Das venezolanische Außenministerium bezeichnete die Aktion als "illegalen und feindseligen Übergriff", der "eine direkte Provokation durch den unverhältnismäßigen Einsatz militärischer Mittel" darstellt. Der Vorfall ereignet sich während des Militäreinsatzes von acht US-Kriegsschiffen seit August im südlichen Karibikraum, darunter Zerstörer und Versorgungsschiffe. Den Einsatz begründete die US-Regierung von Donald Trump mit der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels.

Am 02.09.2025 haben die US-Streitkräfte ein [angebliches Drogenboot im Karibischen Meer mehrfach beschossen und letztlich versenkt](#). Dabei starben 11 Menschen. Im Artikel der 'New York Times' werden juristische Fachleute zitiert, die deutliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Einsatzes äußern. Der ehemalige oberste Jurist der US-Marine, Donald J. Guter, betonte, dass es keine "unmittelbare Bedrohung" und somit auch keine "Selbstverteidigung" gebe, wenn sich ein Boot zurückziehe, wie das bei diesem Ereignis der Fall war.

[Daraufhin hat Venezuela ein großangelegtes Militärmanöver in der Karibik begonnen](#), um die "Verteidigungsfähigkeit zu stärken und die Souveränität des Landes zu demonstrieren". Mehr als 2'500 Soldaten sind nach seinen Angaben auf der Insel La Orchila, rund 180 Kilometer vor der Küste des Landes, im Einsatz. Unterstützt werden sie demnach von 12 Kriegsschiffen, 22 Flugzeugen, 20 Booten der staatlich organisierten Miliz sowie Artillerie. Drei Tage lang sollten Landemanöver, Luftabwehr, Drohneneinsätze, elektronische Kriegführung und Operationen von Spezialeinheiten geübt werden. Die Militärübungen sind als gezieltes Signal an die USA zu verstehen.

[Inhalt ↑](#)

● **Moldawien sollte pro-europäisch wählen**

Entgegen den Umfragewerten (33%) hat die pro-westliche Regierungspartei 'Aktion und Solidarität' ([PAS\) bei den Präsidentschaftswahlen am 28.09.2025 nach offiziellem Wahlergebnis 50,2% der Stimmen bekommen](#). Bei Auszählung von 99,95% der Stimmen lag die PAS bei 44,13% der Stimmen, der 'Patriotische Block' bei 28,26%, der pro-europäische Block 'Alternative' bei 9,21%, 'Unsere Partei' bei 6,35% und 'Demokratie zu Hause' bei 5,73%. Einige Stunden später meldete die Wahlkommission, unter Berücksichtigung der im Ausland abgegebenen Stimmen habe die PAS 50,03% der Stimmen erhalten, der 'Patriotische Block' 24,26%, der Block 'Alternative' 7,99%, 'Unsere Partei' 6,21%, die Partei 'Demokratie im Inland' 5,63%.

Nach Thomas Röper ist das Ergebnis durch eine Wahlfälschung zustande gekommen. Da der Regierung bewusst war, dass es insbesondere auf die Stimmen der im westlichen Ausland Lebenden ankommen würde, habe die Zentrale Wahlkommission die Zahl der Wahllokale im Westen im Vergleich zur Präsidentschaftswahl vom Herbst 2024 auf fast 300 erhöht, während sie für Russland wieder nur 2 Wahllokale (ca. 350'000 bis 400'000 Exil-Moldawier) und für Transnistrien 12 Wahllokale (ca. 300'000 Wähler) genehmigt hat. An Stimmzetteln wurden laut

Röper nach Russland nur 10'000, aber nach Italien 229'000, nach Deutschland 140'000 und nach Großbritannien 97'000 verschickt, obwohl dort zusammengenommen weniger Moldawier leben als in Russland.

Nach den Wahlen meldete die moldawische Wahlkommission, dass in Russland nur 4'204 von über 300'000 Wählern ihre Stimme abgegeben haben, obwohl sich vor den beiden Wahllokalen lange Schlangen gebildet hatten. Von den Wählern aus Transnistrien haben nur 12'000 ihre Stimme abgegeben. Und Wähler, deren Wahllokale teilweise nach Moldawien verlegt wurden, konnten sechs Brücken über den Dnestr nur mit großen Hindernissen überqueren. [Manche dieser Wahllokale seien zudem wegen angeblicher Bombendrohungen geschlossen worden](#). Dagegen sollen laut der Wahlkommission im westlichen Ausland über 270'000 Wähler ihre Stimme abgegeben haben, darunter in Italien 81'308, in Deutschland 38'228, in Rumänien 29'379 und in Frankreich 25'606. Letztlich konnte die Wahlkommission mitteilen, dass die Regierungspartei die Wahl dank der Auslandswähler mit 50,2% gewonnen und unter Berücksichtigung der Parteien, die es nicht ins Parlament geschafft haben, 55 der 101 Sitze im Parlament errungen habe.

Nach Röper hat es weitere Unregelmäßigkeiten gegeben. So sei in Italien eine Gruppe Wähler per Bus zu mehreren Wahllokalen gefahren worden, wo sie mehrmals ihre Stimme abgegeben habe. Die Wahlkommission berichte nur von Unregelmäßigkeiten, die ohne Einfluss auf das Ergebnis geblieben seien. Die meist aus dem Westen stammenden OSZE-Wahlbeobachter haben die Wahl als fair und frei bezeichnet, warfen aber der Wahlkommission Voreingenommenheit vor und kritisierten, dass die Wahlkommission zwei Parteien wegen angeblicher Verstöße der Wahlfinanzierung unmittelbar vor dem Wahltag von den Wahlen ausgeschlossen hat, ohne den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich dagegen zu wehren.

Die Opposition will die Wahl so lange nicht anerkennen, bis nicht alle von der Opposition festgehaltenen Verstöße bei den Wahlen aufgeklärt sind. Am 29.09.2025 gab es in der moldawischen Hauptstadt eine Protestkundgebung der Opposition, die unter strenger Überwachung der Polizei stattfand. U.a. wurden mehrere Straßen abgesperrt und den Organisatoren wurden einige Megaphone abgenommen.

Nach René Zittlau spiegeln die moldawischen innenpolitischen Prozesse im Kleinen wider, was die weltpolitische Gemengelage ausmacht. Nachdem Zittlau verschiedene innenpolitische Auseinandersetzungen im Zusammenhang von Wahlen dargelegt hat, resümiert er: Moldawien "wird von EU und NATO in eine ähnliche Richtung getrieben, wie es die Ukraine nicht erst seit 2013/14 erlebt. Sowohl EU als auch NATO betrachten Moldau als wichtiges Glied in ihrem Vorgehen hinsichtlich der Ukraine. Über das Land läuft ein erheblicher Teil des Waffennachschubs, der wiederum zu einem großen Teil aus Rumänien kommt, wo eine der weltweit größten US-Militärbasen entsteht. Beide Organisationen sind also auf in ihrem Sinne 'stabile Verhältnisse' angewiesen. Es sollte daher niemanden verwundern, [wie die EU die vielzitierten europäischen Werte mit aller Macht auch gegen die erklärten Interessen der Bevölkerung durchzusetzen versucht](#). In dieses Bild passt auch die seit Kurzem der Ukraine erlaubte Rekrutierung von moldawischen Söldnern in Moldau für den Krieg in der Ukraine. Eine Ankündigung als 'Präsidentin der Ukraine' im regierungsnahen moldawischen Fernsehkanal TV8 wirkt unter Berücksichtigung der Gesamterscheinung der Person Maja Sandu und ihrer mit Demokratie schwer in Einklang zu bringenden politischen Handlungsweisen dann auch eher wie eine von seltener Klarheit getragene Einordnung denn als ein 'Freud'scher Verschreiber'."

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[René Zittlau](#), Jg. 1960, kann Russisch, Tschechisch, Slowakisch, hat sich viele Jahre in mittel- und osteuropäischen Ländern aufgehalten und kennt die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge

rund um diese Länder. Er arbeitete zunächst für den Geheimdienst und anschließend in der freien Wirtschaft. Mit dieser Expertise will Zittlau mit seinen Beiträgen bei 'Forum Geopolitica' dazu beitragen, Brücken zu bauen. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Glenn Diesen: **Warum Zentralasien für die USA so wichtig ist**

Zentralasien ist geopolitisch sehr wichtig, denn eine goldene Regel der Geopolitik lautet seit Jahrhunderten, wer Eurasien dominiert, der beherrscht die Welt. Und Zentralasien liegt dafür geografisch richtig, denn dort kann man Handelsströme stören oder ermöglichen und die Großmächte Russland und China schwächen, indem man in ihrer Nachbarschaft für Unruhe sorgt. Thomas Röper macht zu diesem Thema auf einen Beitrag von Glenn Diesen aufmerksam, in dem dieser "die äußeren und inneren Faktoren darlegt, wie Zentralasien manipuliert werden kann". Der Autor beginnt im 16. Jahrhundert, um dann schnell auf die heutige Situation zu kommen. Diesen: "[Zentralasien ist das geografische Zentrum](#), wo Russland, China, Indien, Iran und andere große eurasische Mächte aufeinandertreffen. Um das Entstehen einer eurasischen Hegemonialmacht zu verhindern, wurde Zentralasien zu einem zentralen Schlachtfeld." Hier erinnert Diesen an Afghanistan. Heute stelle Zentralasien einen "Schwachpunkt im breiteren Rahmen des Großraums Eurasien dar". "Russland, China, Indien, Kasachstan, Iran, Südkorea und andere Staaten haben verschiedene Formate der eurasischen Integration entwickelt, um ihre wirtschaftliche Konnektivität zu diversifizieren und ihre Positionen im internationalen System zu stärken." Diese Formate stünden zueinander im Wettbewerb, der durch den externen Akteur USA sabotiert werde. Für Glenn Diesen ist es wichtig, dass Staaten wie Russland, China und Indien erkennen, dass sie ihre Ziele nicht ohne Kooperation mit den anderen erreichen können.

[Glenn Diesen](#) ist Professor an der 'University of South-Eastern Norway' und Redakteur bei der Zeitschrift 'Russia in Global Affairs'. Sein Schwerpunkt: politische Ökonomie von Groß-Eurasien. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Seniors.org: **Vollständiger Text der Reden von Xi Jinping auf dem Treffen der "Shanghai Cooperation Organization Plus"**

Auf dem SCO-Treffen am 01.09.2025 in Tianjin hat der Staatschef von China, Xi Jinping, eine einleitende Rede gehalten. Darin hat er verschiedene Punkte betont:

"1. [...] Wir sollten daran festhalten, dass alle Länder, unabhängig von ihrer Größe, Stärke und ihrem Reichtum, gleichberechtigte Teilnehmer, Entscheidungsträger und Nutznießer der globalen 'Governance' sind. [...]"

2. [Wir sollten] uns an die internationale Rechtsstaatlichkeit halten. Die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und andere allgemein anerkannte Grundnormen der internationalen Beziehungen müssen umfassend, vollständig und in ihrer Gesamtheit beachtet werden. [...]"

3. [...] Wir sollten die Vision einer globalen 'Governance' mit umfassender Konsultation und gemeinsamen Beiträgen zum gegenseitigen Nutzen aufrechterhalten, Solidarität und Koordination stärken und Unilateralismus ablehnen. [Wir sollten den Status und die Autorität der Vereinten Nationen entschlossen verteidigen](#) und ihre unersetzliche, zentrale Rolle in der globalen 'Governance' sicherstellen.

4. [...] Wir sollten das System der globalen 'Governance' reformieren und verbessern, um sicherzustellen, dass die Menschen aller Nationen Akteure und Nutznießer der globalen

‘Governance‘ sind, damit die gemeinsamen Herausforderungen der Menschheit besser bewältigt, die Kluft zwischen Nord und Süd besser verringert und die gemeinsamen Interessen aller Länder besser gewahrt werden können.

5. [...] Wir sollten einen systematischen und ganzheitlichen Ansatz verfolgen, globale Maßnahmen koordinieren, verschiedene Ressourcen vollständig mobilisieren und uns um sichtbarere Ergebnisse bemühen. Wir sollten die praktische Zusammenarbeit verstärken, um zu verhindern, dass das Regierungssystem hinterherhinkt oder fragmentiert wird.“

Dann führt er aus: “Angesichts der sich weltweit immer schneller vollziehenden Veränderungen [... sollten wir] uns verstärkt für eine offene Zusammenarbeit auf globaler Ebene einsetzen. Die Mitgliedstaaten der SCO verfügen über reichhaltige Energieressourcen, große Märkte und starke interne Triebkräfte, und wir tragen in zunehmendem Maße zum weltweiten Wirtschaftswachstum bei. Wir sollten weiterhin Mauern abbauen, statt neue zu errichten; wir sollten Integration anstreben, statt Entkopplung. Wir sollten eine hochwertige Zusammenarbeit im Rahmen der Belt and Road Initiative vorantreiben und uns für eine für alle Seiten vorteilhafte und inklusive wirtschaftliche Globalisierung einsetzen. [...] Wir sollten den Austausch und das gegenseitige Lernen zwischen den Zivilisationen weiter fördern und glänzende Kapitel des Friedens, der Freundschaft und der Harmonie zwischen Ländern schreiben, die sich in ihrer Geschichte, Kultur, ihrem Sozialsystem und ihrem Entwicklungsstand unterscheiden. [...] Wir sollten uns für die Verteidigung der internationalen Fairness und Gerechtigkeit einsetzen. [...]“

[Inhalt](#) ↑

- Jürgen Todenhöfer: **Und folgt Dir keiner, geh allein**

In seinem neuen Buch “[Und folgt Dir keiner, geh allein](#)“ gibt Jürgen Todenhöfer einen Rückblick auf sein Leben und stellt seine Überzeugungen dar. Es ist zugleich eine Revue durch die letzten 60 Jahre Weltgeschichte, an denen er als Politiker, Geschäftsmann, Journalist und vor allem als Mensch teilgenommen hat. Er hat mit den Großen dieser Welt konferiert, aber vor allem auch mit den “Kleinen“ und für sie. Unermüdlich war und ist er mit großem persönlichem und finanziellem Einsatz unterwegs. Eine [aner kennende Buchbesprechung findet sich hier](#) unter dem Zwischenruf vom 06.10.2025.

[Inhalt](#) ↑